

## Wasserwirtschaftliche Maßnahmenplanung für den Bereich Sankt Augustin, Bad Honnef, Königswinter und Hennef bzgl. Pleisbach und Lauterbach

Herr Gleß erinnerte einleitend an die Mitgliedschaft der Stadt im Wasserverband Rhein-Sieg. Zahlreiche Maßnahmen seien im Stadtgebiet bereits absolviert und über den Wasserverband finanziert worden. Vor 2 Jahren habe er bereits das Thema Hochwasserschutz im Bereich des Pleisbaches und des Lauterbaches mit der Zielsetzung vorangetrieben, Grenzen überschreitend ein Konzept zu entwickeln, dem Hochwasserschutz Genüge zu tun und die EU-Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Dies sei nur mit den anderen Nachbarkommunen möglich, wenn solche Maßnahmen Wirkungen zeigen sollen. Die Kosten für dieses Konzept für 2016 habe der Wasserverband etatisiert. Unter Inanspruchnahme einer Förderung von 81 % sei man jetzt dabei, zusammen mit den Kommunen und den Fachleuten aus dem Bereich Natur- und Umweltschutz und unter Beteiligung der Bevölkerung dieses Konzept zu entwickeln. Es gehe hier gesetzlich verpflichtend um die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Priorität innerhalb der Ortslage habe allerdings der Hochwasserschutz. 1995 habe es im Bereich des Lauterbaches ein großes Hochwasser gegeben, welches dazu geführt habe, dass die angrenzende Seniorenwohnanlage evakuiert werden musste, was damals an Dramatik nicht zu überbieten gewesen sein soll. Zielsetzung sei daher ein ausreichender Hochwasserschutz in der Ortslage bezogen auf ein Jahrhundertereignis. Die neuen Gefährdungskarten im Bereich des Hochwasserschutzes würden mittlerweile nicht von einem Jahrhundert-, sondern von einem Zweijahrhundertereignis ausgehen. Große Teile von Birlinghoven gelten als gefährdeter Bereich. Aus der Summe der Wasserrahmenrichtlinie und dem Hochwasserschutz werde derzeit ein Gesamtkonzept erstellt, was Ende 2016 fertiggestellt sein soll. Herr Gleß verwies dabei auf eine bereits stattgefundene Auftaktveranstaltung mit den entsprechenden Fachleuten, an der auch er teilgenommen habe.

## Energieberatungsaktion

Vom 22.02. bis 30.04.2016 finde derzeit in Sankt Augustin nach Aussage von Herrn Gleß eine Energieberatungsaktion seitens der Verbraucherzentrale NRW statt. Die interessierten Bürger könnten sich entweder dort oder auch im städtischen Umweltbüro für einen Vor-Ort-Beratungstermin der Verbraucherzentrale anmelden.

## Denkmalpflegeplan

Herr Gleß verwies auf eine Bürgerinfoveranstaltung am 06.04.2016 im hiesigen Rathaus, um den Entwurf des Denkmalpflegeplanes vorzustellen.

## Sachstand Kreisverkehr Alte Heerstraße/Großenbuschstraße

Herr Gleß erläuterte, dass bis zum 01.04.2016 die Ausschreibung durchgeführt werden solle. Am 08./09.04.2016 werde diese veröffentlicht. Für ca. 18.05.2016 sei die Submission geplant. Der Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss solle am 14.06.2016 den Beschluss für die Auftragsvergabe der Kanal- und Straßenbauarbeiten fassen. Dann könne Anfang Juli 2016 die Baufirma beauftragt und mit dem Bau des Kreisverkehrs begonnen werden. Mitte Dezember 2016 solle nach jetziger Planung der Kreisverkehr fertiggestellt sein. Von Januar bis August 2017 werde der Rad- und Gehweg entlang der Alten Heerstraße vom Kreisverkehr Großenbuschstraße bis zum Tannenweg beidseitig ausgebaut.

Nach Auskunft von Herrn Gleß habe die Verwaltung bereits den förderunschädlichen Baubeginn mitgeteilt bekommen. Dieser reiche aus, um mit den genannten Maßnahmen so zu beginnen. Bereits jetzt sei man dabei, die Planungsunterlagen für Straßenmaßnahmen und Sanierung der Anschlussleitungen abzustimmen. Dies solle Mitte März 2016 abgeschlossen sein.

### Sachstand Kapellenstraße

Herr Knipp erklärte, dass in der Sitzung des UPV am 02.06.2015 beschlossen worden sei, in der Ortsgasse für Fußgänger Erleichterung zu verschaffen. Dazu habe es einen Ortstermin gegeben, bei dem die Fachbereiche Ordnung und Tiefbau sowie Herr Hennig als Verkehrsplaner vor Ort waren. Der vorhandene Baum vor dem Grundstück Nr. 5 stelle das größte Problem in dieser Straße dar. Der Fußgängerweg solle in diesem Bereich vergrößert werden, entweder durch Verkleinerung des Beetes oder ggfls. durch Fällung des Baumes.

Der Ausschussvorsitzende erklärte, dass der Politik wichtig sei, wie mit der dortigen Parksituation und auch dem städtischen Grundstück umgegangen werden soll und welche Nutzung beabsichtigt sei.

Herr Gleß schlug vor, für die nächste Sitzung des UPV eine Sitzungsvorlage zu fertigen, um über den aktuellen Sachstand zur Kapellenstraße zu informieren.

Die Ausschussmitglieder erklärten sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

### Landesbetrieb Straßen

Der Ausschussvorsitzende erinnerte an die Darstellung seitens Herrn Gleß über das stattgefundene Jahresgespräch der Verwaltung mit dem Landesbetrieb Straßen. Er berichtete von seinem gestrigen Gespräch mit Frau Bisoke, der Leiterin des Landesbetriebs Straßen. Ihre Schilderung des Jahresgesprächs sei ähnlich der von Herrn Gleß gewesen. Seitens des Landesbetriebs Straßen sehe man einen deutlichen Neuanfang, in dem man viele Fragen auf den Weg bringen möchte, um eine intensivere gute Zusammenarbeit zu gewährleisten. Der Ausschussvorsitzende habe in dem Gespräch verschiedenste Problembereiche im Stadtgebiet angesprochen. Frau Bisoke machte deutlich, dass sich dazu in den einzelnen Punkten im Jahresgespräch ausgetauscht worden sei. Zudem habe sie von einem weiteren Jahresgespräch in diesem Jahr berichtet. Dies wertete er als sehr positiv und regte an, inwieweit es möglich sei, den UPV auch an diesem Gespräch teilnehmen zu lassen. Dies sei eine Möglichkeit, die Verwaltung zu unterstützen und seitens des Ausschusses Druck zu machen.

Der Ausschussvorsitzende berichtete, dass es laut Frau Bisoke über das stattgefundene Jahresgespräch ein abgestimmtes Protokoll geben soll. Frau Bisoke habe keine Einwände gegen seinen Vorschlag erhoben, dieses Protokoll dem UPV zur Verfügung zu stellen. Der Ausschussvorsitzende bat Herrn Gleß, dem Ausschuss dieses Schriftstück zukommen zu lassen, um weitere zusätzliche Informationen über den Landesbetrieb Straßen zu erhalten. Zudem schlage er vor, dieses ebenso den Fraktionen zukommen zu lassen. Herr Gleß sagte dies für die Verwaltung zu.